

Vollwertiges, ökologisches Essen für alle Ernährungsarmut jetzt beenden!

Ernährungsarmut ist ein wachsendes Problem. Immer mehr Menschen können sich hierzulande und weltweit eine vollwertige Ernährung nicht leisten. Das hat fatale Folgen für die Gesundheit, das Aufwachsen von Kindern, den Alltag und die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen.¹

Zudem ist eine vollwertige und nachhaltige Ernährung generell weniger verfügbar und oft aufwendiger zuzubereiten als industriell erzeugte und verarbeitete Lebensmittel, die immer noch die Ernährungsgewohnheiten der meisten Menschen bestimmen.

So verursacht das Ernährungssystem hohe individuelle und volkswirtschaftliche Kosten, etwa in der Gesundheitsversorgung, beim Klima- und Umweltschutz, bei Entwicklungschancen von Kindern oder durch fehlende Sozialstandards für Mitarbeitende in der Lebensmittelerzeugung. Diese sogenannten externen Kosten belasten besonders Menschen mit geringem Einkommen, die selbst nur geringfügig zu den ökologischen, sozialen und volkswirtschaftlichen Kosten beitragen und damit zu den größten Verlierer:innen gehören.

Das Recht auf angemessene Nahrung ist ein Menschenrecht. Der Staat muss eine barrierefreie Grundversorgung im Sinne einer ausgewogenen und nachhaltigen Ernährung im Rahmen der planetaren Grenzen (Planetary Health Diet) gewährleisten. Für benachteiligte und schutzbedürftige Menschen ist der Zugang besonders zu sichern.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) arbeitet derzeit an einer neuen Ernährungsstrategie. Der vorliegende Entwurf adressiert diese Probleme nicht ausreichend. Die Agrar- und Ernährungspolitik muss wieder zu einem Grundpfeiler der Daseinsvorsorge werden und die Ernährungsumgebung der Menschen maßgeblich mitgestalten. Dazu gehört auch die Anpassung der staatlichen Fürsorgeleistungen.

¹ WBAE – Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (2020): Politik für eine nachhaltigere Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten. Gutachten, Berlin: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.html
WBAE 2023: Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen. <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/032-wbae-ernaehrungsarmut-pandemie.html>

Deshalb fordern wir:

1. Eine warme Mahlzeit pro Tag aus ökologisch erzeugten, gesunden Nahrungsmitteln allen Menschen zugänglich machen!

Viele Menschen in Deutschland können sich eine warme Mahlzeit am Tag nicht regelmäßig leisten. Sie haben keinen Zugang zu gesunden, ökologisch hergestellten Lebensmitteln. Deshalb muss der Staat dafür Sorge tragen, dass es sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum Orte gibt, an denen täglich und für alle mindestens eine warme Mahlzeit im Sinne der „Planetary Health Diet“ angeboten wird. Dazu gehört auch, dass die Kita- und Schulverpflegung für alle Kinder beitragsfrei ist.

2. Eine Grundsicherung, die eine gesunde, ökologische Ernährung ermöglicht

Im Regelsatz sind derzeit nur 5,74 Euro pro Tag für drei Mahlzeiten inklusive Getränke vorgesehen. Für Kinder und Jugendliche ist der Betrag noch geringer. Das gefährdet die Entwicklung junger Menschen und verhindert soziale Teilhabe. Der Regelsatz muss soweit angehoben werden, dass eine gesunde, ökologische Ernährung im Sinne der „Planetary Health Diet“ möglich ist. Umgehend muss außerdem eine Kindergrundsicherung eingeführt werden und so gestaltet sein, dass alle Kinder ausreichend versorgt werden können.

3. Vollwertiges Essen aus ökologisch erzeugten, gesunden Nahrungsmitteln in allen öffentlich finanzierten Einrichtungen mit Gemeinschaftsverpflegung

Die Politik muss auf allen Ebenen die Beschaffungs- und Vergaberichtlinien für Träger von öffentlich finanzierten Einrichtungen mit Gemeinschaftsverpflegung anpassen und Nachhaltigkeitskriterien verankern. Ziel sollte es sein, die Verwendung eines zunehmenden Anteils von Bio-Produkten verbindlich festzulegen und die Umstellung auf eine pflanzenbetonte, vollwertige Kost zu begleiten und zu überprüfen. Dabei muss die staatliche Refinanzierung der Träger und Einrichtungen die zusätzlichen Kosten für ökologischere und regionale Lebensmittel abdecken.

4. Gesunde, ökologische Ernährung erlebbar machen

Einrichtungen der öffentlichen Hand haben Vorbildfunktion und müssen ihrer Verantwortung für eine gesunde, nachhaltige Ernährung im Umgang mit Lebensmitteln und der Ernährungsbildung gerecht werden. Dazu sollen Kinder und Jugendliche in die Zubereitung der Mahlzeiten einbezogen und Ernährungskunde in den Lehrplan der Schulen aufgenommen werden. Es gilt, Schulküchen, Schulgärten und andere relevante Infrastruktur auf- bzw. auszubauen und das Fachpersonal in den Küchen und Lehrerzimmern, sowie Eltern und Erzieher:innen zu schulen und weiterzubilden. Als Vorbild beim Aufbau eines

flächendeckenden Weiterbildungs- und Beratungsangebots können Projekte wie die “Kantine Zukunft”, Acker e.V. und viele weitere Initiativen dienen.

5. Steuerfreiheit für pflanzliche Lebensmittel dient dem Klimaschutz

Die Bundesregierung sollte die Mehrwertsteuer von Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte auf 0 Prozent absenken. Mit der neuen EU-Mehrwertsteuerrichtlinie ist der Rahmen dafür geschaffen. Eine Steuerbefreiung schafft Anreize, mehr klimaverträgliche Nahrungsmittel zu erzeugen und zu essen und trägt damit dazu bei, die Klimaziele zu erreichen - denn das kann nur mit deutlich geringerem Konsum von Fleisch- und Milchprodukten gelingen. Und sie entlastet Verbraucher:innen, die unter den stark gestiegenen Lebensmittelpreisen leiden.

Mitzeichnende:

1. Agrar Koordination
2. Aktion Agrar
3. Arbeitslosenhilfe Oldenburg
4. Attac
5. Aktion 3. Welt Saar
6. Armutsnetzwerk
7. AWO Bundesverband
8. Berliner Tafel
9. BUNDjugend
10. Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit
11. Deutsches Netzwerk Schulverpflegung
12. Deutsche Umwelthilfe
13. Diakonie Deutschland
14. Ernährungsrat Berlin
15. Ernährungsrat Braunschweig
16. Ernährungsrat Kassel
17. Foodsharing
18. Forum Ökologie & Papier
19. Gemeinwohl-Ökonomie Deutschland
20. Greenpeace
21. Institute für Welternährung
22. NAJU (Naturschutzjugend im NABU)
23. Naturfreunde Deutschland
24. Netzwerk der Ernährungsräte
25. Neuer Imkerbund
26. Sarah Wiener Stiftung
27. Selbstvertretung wohnungsloser Menschen
28. Slow Food Deutschland
29. Stadt Bienen
30. WWF Deutschland
31. Yeşil Çember
32. Zukunftsforum Familie
33. Zukunftsrat Hamburg

AGRAR
KOORDINATION
Forum für internationale Agrarpolitik e.V.

aktion
agrар



attac



ARMUTS NETZWERK



BERLINER Tafel E.V.

BUND jugend
YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

KLUG
Deutsche Allianz
Klimawandel und Gesundheit



Deutsche Umwelthilfe

Diakonie
Deutschland

für eine zukunftsfähige
Ernährungs- und Land-
wirtschaftspolitik
in der Region
Ernährungs
rat BERLIN



Ernährungsrat
↳ Kassel & Region e.V.

foodsharing.de

föp



GREENPEACE

WORLD FOOD INSTITUTE E.V.
INSTITUT FÜR WELTERNÄHRUNG
IWE



NaturFreunde
DEUTSCHLANDS

ERNÄHRUNGSDEMOKRATIE
JETZT! »
NETZWERK DER ERNÄHRUNGSRÄTE



Sarah Wiener
Stiftung

Wie Du und ich.
Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V.

Slow Food
Deutschland



Yeşil Çember
ökologisch. interkulturell.

zukunftsforum
familie e.v.

ZUKUNFTSRAT
HAMBURG
DAS NETZWERK FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG